

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Nr. 29.

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482. Geschäftsinferat pro 3gepaltene Zeile oder deren Raum 25, für Zahlt. 15 Pf. Off.-Annahme 10 Pf.

Hannover,
Sonnabend, den 20. Juli 1907.

Verlag: A. Lohberg, Hannover, Münzstr. 5.
Verantwortlicher Redakteur:
H. Schneider, Hannover, Münzstraße 5, III.
Fernsprech-Anschluß 3002.
Druck von E. A. G. Meißner & Co., Hannover.

16. Jahrg.

Zur Beachtung!

Seite ist der 29. Wochenbeitrag fällig.

Streiks oder Aussperrungen

bestehen in Langenberg, Hannover, Gannau, Frankfurt a. M., Brandenburg, Straßburg i. E.

An Streiks oder Aussperrungen beteiligt sind wir in Flensburg, Berlin, Ziegel, Hennigsdorf, Wismar, Sulgau, Eisenberg und Meissen.

Zugang nach den angeführten Orten ist streng fernzuhalten.

Kulturwert gewerkschaftlicher Arbeit.

Als vor einem halben Jahrhundert die Pioniere der modernen Arbeiterbewegung mit der wirtschaftlichen und politischen Organisation des Lohnarbeitertums begannen, da fanden sie zwei feindlichen Mächten gegenüber. Es war die bewußte Gegnerschaft des Unternehmertums und die Unwissenheit der Arbeiter. Die Gegnerschaft der kapitalistischen Ausbeuter der Arbeitskraft ist nicht nur geblieben, die wachsende wirtschaftliche Macht des Unternehmertums, die Systematik, die es in den letzten Jahren in den Kampf gegen die Arbeiter hineingebracht hat, stärkte seinen Widerstand. Der zweite Gegner: die Unwissenheit der Arbeiter, ist heute erst teilweise überwunden. Unsere Volksschule sorgt dafür, daß den Arbeitern das Verständnis für die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Zusammenhänge verschlossen bleibt. Die bestehende Gesellschafts-, Staats- und Wirtschaftsordnung erscheint den mit Volksschulwissen Verdummten als etwas Unabänderliches, etwas, das von einem höheren Willen, von höheren Mächten zusammengefügt worden ist, als etwas, das zu ändern über die Machtgrenze der Armen und Unterdrückten hinausgeht. Das Ohnmachtsgefühl löst eine Apathie aus, die sich als außerordentlich undankbarer Boden für ausgebreiteten Gewerkschaftsamen erwies und teilweise heute noch erweist.

Das machte die gewerkschaftliche Arbeit besonders dornenvoll und mühselig. Zunächst galt es, die Unwissenheit zu überwinden, um dann mit den zu einer neuen Weltanschauung Erzeugenen an die Erzielung praktischer Erfolge heranzutreten. Natürlich waren es zunächst immer nur kleine Häuflein, die das neue Evangelium hörten, und daher war auch deren wirtschaftliche Kampffähigkeit begrenzt. Erzielte Erfolge zogen Indifferente leichter an. Unwissende ließen sich einreihen, sie wurden von den Erfolgen regiert, das Gefühl wies ihnen ihren Platz an; die Erziehung zu modern denkenden, Klassenbewußten Arbeitern konnte nach ihrer Einreihung fortgesetzt werden. Andererseits wirkten Mißerfolge auf den Kreis der Unausgeklärten und mangelhaft Erzeugenen deprimierend und abstoßend.

Manche Position, die in heißen Kämpfen errungen war, ging mit einem Schlage verloren; von unten auf mußte das Werk von neuem begonnen werden, und in den mutlos gewordenen, eingeschüchternen, an der Wirksamkeit der gewerkschaftlichen Arbeit verzweifelnden Arbeiter fand man bei der zweiten Erstürmung der feindlichen Burg stärkeren Widerstand als bei den durch Mißerfolg noch nicht Entmutigten. So ging es auf und ab, sicher zwar vorwärts, aber zunächst doch unendlich langsam, so langsam, daß manche zum Veressen der selbst verzagten und das Heer der Kleinmütigen verstärkten.

Unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, gewinnt die gewerkschaftliche neben der politischen Arbeit, die ja zwei Zweige eines Stammes sind, noch eine ganz andere kulturelle Bedeutung, als wie sie vielleicht abgemessen wird an der Skala der im Jahre erzielten Lohnsteigerungen, deren absoluter Wert doch immerhin hinter den nominellen Erhöhungen zurückbleibt. Der Bildungszünftler und -spieler, der sich über den Terrorismus der Gewerkschaften entrichtet und gewöhnlich lediglich in den äußeren Formen, die oft genug nur wie Firnis Herzens- und Gemüts-rosheit verdecken, die höchste Blüte der Kultur erblickt, hat keine Ahnung davon, welche Summe von Kulturarbeit die Organisation des Klassenbewußten Proletariats geleistet hat. Sie hat in dem fatalistisch Erzeugenen das Bewußtsein der Menschenwürde ausgelöst, ihn damit in die Reihe derjenigen gestellt, die die Gestaltung der Dinge nicht einer Kraft außer sich überlassen, sondern das Werden und Gestalten der Zukunft ihrem plangewollten Willen zu unterstellen sich bemühen. Die Erziehung zum Erkennen und Wollen gebar das Solidaritätsgefühl. Der einzelne ist als Zukunftsgestalter ja vollständig machtlos. Aus dem Solidaritätsgefühl wächst das allgemeine soziale Empfinden heraus, das der Gesamtheit die Verpflichtung auferlegt, für der Armen, Schwachen, Kranken und Hilflosen Wohl zu sorgen. In letzter Linie ist der ganze Komplex sozialer Betätigung auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, in Staat und Kommune der praktischer Arbeit der Arbeiterorganisation zu danken.

In der Theorie waren die sozialen Verpflichtungen längst anerkannt, aber sie wurden dann erst auf den realen Boden der Praxis gestellt, als der kraftgewollte Wille des Klassenbewußten Proletariats sie aus den grauen Höhen herunterlangte. Gestoßen von der laut erhobenen Forderung der Arbeiter, aus Angst vor eingebildeten Hungerrevolutionen ließen Staat und Gesellschaft sich auf den Weg sozialer Reformen drängen. So sehr dienstwillige Federn sich auch dazu hergeben, die geschichtlichen Vorgänge und die treibenden Kräfte nach höfischen und autokratischen Wünschen zu vergewaltigen: daß lediglich die moderne Arbeiterbewegung für sich in Anspruch nehmen kann, das Proletariat zum Klassenbewußtsein erzogen zu haben, das hat bisher aber doch noch niemand zu bestreiten gewagt. Alle Kulturkräfte, die dieser Erziehungsarbeit direkt und indirekt entsprossen, darf die Gewerkschaftsbewegung als einen Teil ihrer Arbeit ansprechen.

Wohl oder übel mußten Staat und Gesellschaft der wissend und unzufrieden gemachten Arbeiterkraft durch soziale Reformen entgegenkommen. Die Aufstüttelung der Massen weckte die Wissensbegierde auf allen Gebieten. Mit der keimenden Erkenntnis wuchs die Empörung über die Rückständigkeit der öffentlichen Hygiene und vor dieser Empörung wich der Widerstand der besitzenden Klasse, die in Staat und Kommune regiert, langsam zurück.

Und wie die öffentliche Gesundheitspflege, sowie die Schutzgesetzgebung zur Milderung der sich aus der beruflichen Arbeit ergebenden Gefahren für Gesundheit und Leben, so befruchtete die Aufklärungsarbeit in der Gewerkschaft durch Literatur und Vorträge neben dem Streben nach vernunftgemäßer Lebensweise auch das Bedürfnis nach höheren, nach geistigen Genüssen. Den Anstoß zu praktischen Maßnahmen, die der Degeneration der Arbeiterklasse entgegenwirken, gab die moderne Arbeiterbewegung; sie ist es, die die Arbeiterkraft aus verderblichem Fatalismus herausgerissen und auf den Weg vorwärtsstrebender Kulturträger und -Förderer geführt hat. Was Chauvinisten als nationale Kraft feiern, ist mehr die Frucht gewerkschaftlicher Arbeit als die Dornen ahnen. Ohne eine gekräftigte, von dem Bewußtsein der Menschenwürde, von den Idealen eines zu erstrebenden Zieles erfüllte Arbeiterschaft hätte Deutschlands Industrie den überraschenden Aufstieg, den sie genommen hat, wohl nicht zu vergleichen. Mit Lumpenproletariaten, mit energie-losen, apathischen Massen läßt sich keine weiterführende Industrie aus dem Boden stampfen. Nur dadurch, daß die Arbeiter gelernt hatten, sich als Subjekte der Entwicklung zu fühlen, gewannen sie die Kraft, zu kämpfen und durch die Kämpfe die Bedingungen für eine leistungsfähige Industrie zu schaffen.

So ist die Gewerkschaftsbewegung die Auslöserin und Trägerin der Kräfte und Mächte, die die moralischen und physischen Vorbedingungen schufen, die das deutsche Volk auf die erlangte Kulturstufe emporgehoben haben. Allerdings, das Unternehmertum sieht der Anteilnahme der Arbeiterkraft an der Kultur feindselig gegenüber, sieht sie doch darin eine Beeinträchtigung ihres eigenen Profits und vor allem eine Gefahr für ihre unbeschränkte Macht. Und auf diese beiden Erwägungen, die der Macht und des Gewinnes, begrenzt sich ihr kulturelles Streben; das Volk gilt den Arbeitskraftsnäheren nur als Steigbügel für die eigenen, selbstnützigen Interessen. Und so sehr jene Gesellschaft auch mit Redereien von Kultur und nationaler Ehre, als Deckmantel ihres niedrigen Egoismus, bramarbaschiert, dem vorurteillos Beobachtenden kann es nicht verborgen bleiben, daß der Volksaufstieg zu höheren Lebensformen gerade durch die sich als Träger der Weltkultur spreizenden verlangsamt wird.

Man kann in der Schätzung der durch die aufklärende Gewerkschaftsarbeit direkt und indirekt geschaffenen Kulturwerte nicht leicht zu weit greifen; was durch die praktische Arbeit an Verbesserung der Arbeitsbedingungen erzielt worden ist, kann auch nur angedeutet, nicht mathematisch genau aufgerechnet werden. Die bloße Gründung oder die Existenz einer Organisation hat schon viele Unternehmer veranlaßt, den Forderungen und Wünschen der Arbeiter entgegen zu kommen. Die Lohnentwicklung mancher Industrien ist beeinflusst von dem Bestreben, einer eventuell zu befürchtenden Arbeiterbewegung vorzubeugen. So ziehen in letzter Instanz alle Fäden sozialen und kulturellen Fortschritts hinüber zur modernen Arbeiterbewegung, die sich damit als der größte Kulturfaktor des 19. und 20. Jahrhunderts ausweist.

Die deutschen Arbeiter-Sekretariate im Jahre 1906.

II.
Deutlich ist die zunehmende Belastung der Arbeitersekretariate mit Unfallsachen und die verminderte Belastung mit Krankensachen in der folgenden Tabelle zu erkennen. Von den 1493 556 insgesamt während der letzten sechs Jahre erteilten Auskünfte entfallen im Durchschnitt 17,4 Prozent auf Unfall- und 5,6 Prozent auf Krankensachen. Während nun der Prozentsatz bei Unfallsachen im Jahre 1901 nur 15,8 beträgt, also wesentlich hinter dem

Durchschnitt zurückbleibt, ist derselbe 1906 auf 18,3 gestiegen, hat also den Durchschnitt nicht unwesentlich überschritten, und bei der Krankenversicherung ist der Prozentsatz unter den Durchschnitt heruntergegangen.

Jahr	Gesamtzahl der erteilten Auskünfte	Dabon in bezug auf			
		Unfallversicherung		Krankenversicherung	
		Zahl	Proz.	Zahl	Proz.
1901	173 548	27 526	15,8	9 648	5,6
1902	179 927	22 410	12,4	10 377	5,8
1903	205 906	35 495	17,2	11 033	5,4
1904	238 540	40 741	17,1	14 278	6,0
1905	295 374	52 664	17,8	16 870	5,7
1906	382 261	70 183	18,3	20 361	5,3
Ges.	1 493 556	260 025	17,4	82 567	5,6

Die Ursachen dieser Erscheinung sind wohl hauptsächlich darin zu suchen, daß infolge des steigenden Einflusses der organisierten Arbeiterkraft auf die Verwaltung der Ortskrankenkassen eine gerechtere und humanere Handhabung des Krankenversicherungsgegesetzes und der Statuten sich bemerkbar macht, und so immer weniger Anlaß zu Klagen gegeben wird, daß ferner auch durch die Aufklärung in den Gewerkschaften die Arbeiter mit den Bestimmungen der Versicherungsgeetze vertrauter werden und in die Lage kommen, ihre Rechte ohne Zuhilfenahme eines Arbeitersekretariats zu wahren. Was aber die gesteigerte Inanspruchnahme der Sekretariate mit Unfallsachen betrifft, so liegt die Sache hier gerade umgekehrt. Einerseits scheint das Prinzip der Rentenansprüche immer krasser zutage zu treten, während die Arbeiter, das Unrecht immer mehr erkennend, mit Hilfe der Arbeitersekretariate ihre Rechte geltend zu machen suchen. Und gerade hierbei zeigt es sich, wie unentbehrlich die Arbeitersekretariate geworden sind und wie notwendig die Errichtung weiterer derartiger Institute ist.

Das Resultat der von den Sekretariaten vertretenen oder bearbeiteten Klagesachen wurde denselben in 8871 Fällen bekannt, von denen 4331 erfolgreich, 1203 teilweise erfolgreich und 2837 erfolglos waren. Von den mit hohem oder teilweise erfolgreichem Resultate bearbeiteten 6034 Fällen betrafen die Unfallversicherung 2589, die Krankenversicherung und das Knappschaftswesen 532, die Invalidenversicherung 553, Arbeits- und Dienstvertrag 1097, Gewerbeaufsicht 147. Der größte Erfolg wurde also bei der Unfallversicherung erzielt, denn von sämtlichen mit Erfolg vertretenen Klagesachen bezogen sich 42,9 Prozent auf die Unfallversicherung, Kranken- und Invalidenversicherung und Knappschaftswesen sind zusammen mit nur 14,3 Prozent, Arbeits- und Dienstvertrag und Gewerbeaufsicht zusammen mit nur 20,6 Prozent beteiligt.

Weber die Kassenverhältnisse der Arbeiter-Sekretariate im Jahre 1906 liegen Angaben von 68 Sekretariaten vor.

Aus laufenden Beiträgen der Gewerkschaften betragen die Einnahmen 248 319 M., Zuschüsse der Gewerkschaften oder der Kartelle wurden im Betrage von 56 950 M. geleistet. Aus der Kasse der Generalkommission kamen 13 132 M., aus Parteiorganisationen, Redaktionen und Genossenschaften insgesamt 16 089 M. Die Zuschüsse aus Staats- oder Kommunalstellen betragen 5330 M. Einschließlich 16 457 M. sonstiger Einnahmen betrug die Gesamteinnahme der 68 Sekretariate 356 277 M. Berausgaben wurden an Gehältern und persönlichen Entschädigungen 179 600 M., Bureaukosten 22 166 M., Heizung und Beleuchtung 11 425 M., Bücher und Druck- sachen 31 781 M., sonstige Ausgaben 37 553 M. Die Gesamtausgaben betragen 282 525 M. Die im Jahre 1906 für Arbeitersekretariate insgesamt aufgewendete Summe ist natürlich weit höher. Da von 15 Sekretariaten, worunter sich solche mit mehreren Angestellten befinden, wie Berlin, Hannover, Magdeburg, München, keine Angaben vorliegen, so ist das Bild, das wir über die Kassenverhältnisse der Sekretariate zu entwerfen vermögen, sehr unvollständig.

Weber die von den Gewerkschaftsstellen unterhaltenen Auskunftsstellen lagen für das Jahr 1905 aus 111 Orten Angaben vor. Von 91 dieser Auskunftsstellen wurden insgesamt 20 572 Auskünfte erteilt. 1906 berichteten 116 Gewerkschaftsstellen über die Tätigkeit ihrer Auskunftsstellen, von denen 102 insgesamt 22 167 Auskünfte erteilten. Der Nachweis der Tätigkeit unserer Auskunftsstellen ist eine beachtenswerte Ergänzung der Statistik über die Tätigkeit der Arbeitersekretariate, was aus folgender Zusammenstellung sich ergibt:

Im Jahre 1906 wurden Auskünfte erteilt

in	Gesamtzahl	Dabon in bezug auf						
		Arbeiter- versicherung	Arbeits- und Dienst- vertrag	Wärterliches Mittel	Streikrecht	Genehmige- nis und Genehmigungs- antragstellung	Arbeiter- bewegung	Sonstige Sachen
68 Arbeiter- sekretariate	382261	114920	60497	112426	30067	42234	10064	12053
116 Aus- kunfts- stellen	*22167	6573	3882	3394	1236	1561	927	1855
199 Orten	404428	121493	64379	115820	31303	43795	10991	13908

Für das Jahr 1905 konnten wir über 178 Orte mit von Arbeitern errichteten Instituten berichten, von denen insgesamt 315 946 Auskünfte erteilt wurden. 1906 zählten wir 199 solcher Orte und 404 428 Auskünfte.

Es erübrigt sich vollkommen, noch besondere Betrachtungen über den Wert der Arbeitersekretariate anzustellen. Diese haben ihre Unentbehrlichkeit längst selbst nachgewiesen. Als im Jahre 1894 die Nürnberg-Gewerkschaften das dortige Arbeitersekretariat errichteten, ahnten sie nicht, welchen Dienst sie der gesamten deutschen Arbeiterkraft damit erwiesen, indem sie ein Institut ins Leben

* Für 2709 fehlen Spezialangaben.

fischen, dessen Wirken so ungetrübte Anerkennung fand, daß das Verlangen nach gleichen Einrichtungen binnen so kurzer Frist allgemein geworden ist. Bereits sind im Laufe dieses Jahres wieder einige Sekretariate errichtet worden, und zwar in Orten und unter Verhältnissen, die für den Fortbestand derselben bürden. Die Errichtung weiterer Sekretariate ist in verschiedenen Orten noch für das laufende Jahr in Aussicht genommen, so daß wir im nächsten Jahre über den Bestand von etwa 100 Sekretariaten werden berichten können. Jede Errichtung eines neuen, lebensfähigen Arbeitersekretariats bedeutet einen nicht zu unterschätzenden Fortschritt der deutschen Arbeiterbewegung, deshalb müssen die darauf gerichteten Bestrebungen nach Möglichkeit zu fördern gesucht werden.

Die Frage eines mehr einheitlichen systematischen Vorgehens auf diesem Gebiete erscheint uns aber auch einmal einer Erörterung wert. Wenn wir uns vergegenwärtigen, daß im Laufe der letzten Jahre die Gewerkschaftsarbeit in verschiedenen Orten in der Hoffnung, die Gewerkschaftsbewegung am Orte mit Hilfe eines Arbeitersekretariats auf ein höheres Niveau zu bringen, solche Institute errichteten, die nach kurzer Zeit, nachdem sie den Genossen am Orte mehr geschadet als genützt hatten, wieder eingehen mußten, weil die Vorbedingungen für die Erhaltung derselben nicht gegeben waren und deshalb von keiner Seite Unterstützung gewährt wurde; wenn wir demgegenüber sehen, wie in den entwicklungsfähigen Orten unsere Genossen die bezwecktesten Anstrengungen machen müssen, um sich feste Stützpunkte für die Agitation zu erkämpfen, so erscheint uns der Zeitpunkt gekommen, wo auch hier regeln eingegeführt werden könnten.

Auf Staatshilfe brauchen wir bei der Errichtung von Arbeitersekretariaten nicht zu rechnen, denn wir gründen Arbeitersekretariate nicht um ihrer selbst willen, sondern im Interesse der Arbeiterbewegung. Im Gefüge der Gesamtorganisation, als Teile des Ganzen sollen sie frei gehalten und wirken können, unabhängig von staatlicher Bevormundung. Von Arbeitern geschaffen und unterhalten, sollen sie im Sinne moderner Arbeiterbewegung dem arbeitenden Volke dienbar sein. R. Brunner.

Aus der chemischen Industrie.

Heimarbeiter in der chemischen Industrie.

Das ist das Neueste — auch diese schmähliche Art der Ausbeutung ist noch in unseren Berufs eingezogen! Wer hätte dies noch vor wenigen Jahren für möglich gehalten? Die Fabrikverhältnisse unseres Gewerbes sind doch elend und gedrückt genug. Lohn, Arbeitszeit und Behandlung stehen tief unter demjenigen, was sich andere Arbeitergruppen anderer Industrien längst mindestens für größere Betriebe erobert haben. Der Fabrikarbeiter der chemischen Industrie ist noch halber Knacht, kein freier Arbeiter — und doch noch die Heimarbeiter, welche als Schmarotzer die Arbeitsbedingungen in den Fabriken nachmals herabdrücken und verschlechtern muß. Heimarbeiter sogar neben der Großindustrie! Wenn es nicht amtliche Berichte wären, die solche Mittelteil, mancher würde es vielleicht noch nicht glauben.

Die badische Fabrikinspektion erzählt zumächst S. 105 ihres Jahresberichts für 1906, daß von der Rheinischen Gummi- und Zellulosefabrik in Mannheim-Neckarau 145 Frauen hausindustriell beschäftigt wurden. Fabrik und Aufsichtsbearbeiter fühlen beide, welche ein Rückschritt darin liegt, daß jetzt wieder Teile der Gummi- und Zellulosewarenherstellung in das Heim des Arbeiters verlegt werden, mit dem unabweislichen Erfolg, daß diese Hausarbeit das bisherige Gesundheits- und Wohlbefinden, das überhaupt so selten in Arbeiterwohnungen herrscht, noch ganz austreibt und vergiftet. Deshalb wird in dem amtlichen Bericht gewissermaßen entsetzend gesagt: Die Firma begehrt die Heimarbeiter, von der sie keinen finanziellen oder sonstigen Vorteil hat, nur soweit, als Arbeiterinnenmangel im geschlossenen Betrieb eintritt, und würde im übrigen Fabrikarbeit vorgezogen. Ist das wirklich richtig? Sind wirklich für die Fabrik so wenig Arbeiterinnen zu bekommen, und wenn ja, was ist daran schuld? Nicht vielleicht, daß die Fabrikverhältnisse selber, der geringe Lohn, die lange Arbeitszeit, die Gefährdung der weiblichen Natur, oder der rauh und zeitraubende Weg und mangelhafte Verkehrsmittel? Solchen Frauen und Mädchen schließlich lieber zehn Stunden in ihrem heimlichen Stuben dahinsitzen bei mörderischer Akkordarbeit, als acht Stunden in lichten Fabriksälen zu diesem Lohn schaffen, wenn die Zellulosefabrik solche baut? Die Arbeiterinnen wachen und schlafen daheim Puppen, setzen Augen in die Scheiben ein und hängen Arme an, malen die Puppen aus. Sie können dabei wie die badische Fabrikinspektion berichtet legt, 1,57—2,22 Mk. pro Tag verdienen, wenn man 60 Prozent der Leistungsfähigkeit in der Fabrik zugrunde legt. Mit dieser Berechnung wird schon zugegeben, daß die Fabrik die Leistungsfähigkeit von Arbeiterinnen um 10 Prozent unter die Fabrikarbeiten heruntersetzt. Und es wird zugestanden, daß die Arbeiterinnen diesen zugefügten Schaden der Heimarbeit tragen, nicht die Fabrik, denn es wird offenbar im Akkord gearbeitet, der wiederum eine Verschlechterung der Lage für die Frauen gegen den festen Zeilohn bedeutet, welcher mit der Zeit in der Fabrik erkämpft werden konnte. Nur sollte aber erst eine bloßen Berechnung darüber, was die Arbeiterinnen verdienen können, bevor die bestimmte Angabe im Amtsberichte stehen, was diese Frauen und Mädchen wirklich verdienen. Für das ganze Jahr finden wir eine solche Angabe, aber eine sehr unbestimmte. Die Heimarbeiterinnen verdienen 113 Mk. niedrigeren und 757 Mk. höheren Gehalts, also im Durchschnitt 291 Mk. im Jahr. Das sind Zahlen, mit denen gar nicht anzufangen ist. Wie lange hat das ganze Jahr gedauert, die 113 Mk. verdienen, und wie lange die mit 757 Mk. Jahresverdienst? Und haben der letzteren nicht vielleicht Eltern oder Kinder mitgeholfen nach der bekannten mannigen Art der Arbeit in der Heimarbeiterie? Aufgaben kommt noch in Betracht, wie es mit dem Leben für Arbeiterinnen, Nachfrage, für Erhaltung und Bekleidung bei der Arbeit steht. Geht diese von dem Verdienst noch ab oder werden sie von der Arbeit ganz verspart? Eine dumme Bemerkung auf S. 134 des Amtsberichts sagt noch, daß sich die Rheinische Gummi- und Zellulosefabrik durch eine sorgfältige Ordnung der Dinge, d. h. des Konsumvertrages und seiner Berechnung, „auszeichnet“. Warum ist nicht lieber mitgeteilt, wie die Dinge „ganz anders“ sind? Kurz und gut: es sind noch hundert Zwangsfragen zu beantworten, und wir wollen hoffen, daß unsere Rheinische Zellulosefabrik der Sache etwas nachgibt, um uns nicht bald und recht genau über diesen neuen Anmarsch der Ausbeutung in der heimischen Großindustrie zu berichten.

Mehr den Nebenwegen der heimischen Industrie gehören die beiden anderen Heimarbeiterverrichtungen an, von denen der bayerische Fabrikinspektionsbericht für 1906 (Anhang S. 20) berichtet. Mit der Herstellung von Feuerwerkskörpern, also mit einer durchaus nicht ungefährlichen Arbeit, werden danach in Oberbayern 10 bis 12 Frauen beschäftigt. Der Ort ist leider nicht genannt. Die Beschäftigung besteht in der Herstellung sogenannter Frösche und Schwärmer, von Papierhüllen und Säbelschnuren. Der Verdienst betrage angeblich bei nur 8—10stündiger Arbeitszeit 1.—1,50 Mk. pro Tag. Arbeitsausgabe und Ablieferung erfolge rasch, als Heilberluft käme „nur“ die Wegeentfernung in Betracht, über die aber nichts mitgeteilt wird. Zur Kritik des Verdienstes wird hinzugefügt, daß er in der Fabrik bei 9stündiger Arbeitszeit bis zu 2,30 Mk. pro Tag steige. Also die alte Geschichte — die Heimarbeiterin brückt den Verdienst! Der in der Wohnung der Heimarbeiterinnen untergebrachte Pulvervorrat betrage jeweils ungefähr 4 Pfund. (1) Eine Menge, die schon gehörigen Schaden anrichten kann, wenn ein Unglück passiert. So haben es also die Unternehmer glücklicherweise fertig gebracht, sogar das Risiko der Pulververwahrung auf Heimarbeiterinnen und deren Angehörige abzuwälzen. Und der Staat schreitet nicht ein, sondern sein Beamter berichtet gleichmütig über diese Dinge mit dem Zusatz, daß die Heimarbeiterinnen in der Unfallversicherung seien. Das ist aber doch das Mindeste, was verlangt werden kann. Denn was wird aus der Entschädigung der übrigen Angehörigen des Haushalts, wenn sie durch eine Explosion Schaden erleiden?

Noch ausgedehnter ist die Heimarbeit in der mittelfränkischen Bleistiftbranche, die zur chemischen Industrie rechnet. Es handelt sich offenbar um Nürnberg und Umgebung, wo etwa 250 Arbeiterinnen und 50 Arbeiter zu Haus mit dem Sortieren der Holzchen, dem Polieren der Bleistifte und mit dem Einfüllen derselben in Schächeln beschäftigt werden. In dem Orte Stein ist das Angebot solcher unglücklicher Heimarbeiterinnen gegenwärtig so groß, daß keine von ihnen eine den Arbeitstag ausfüllende Menge von Arbeit zugewiesen erhalten kann. Hier wird einmal zugestanden, daß Kinder mitbeschäftigt werden, angeblich freiwillig „nur in verschwindend (?) geringem Umfange“. Mit dem Polieren „kann“ bei elfstündiger Arbeitszeit „bis zu 1,50 Mark“ täglich verdient werden; mit dem Einfüllen verdienen alte (!) Frauen „bis zu“ 70 Pf. täglich. Wie vorzüglich und ängstlich auch hier nur die Höchstverdienste angegeben sind, und dasjenige, was darunter bleibt, behutsam verschwiegen wird!

Genug der Elendsbilder, die ja nur andeutungsweise entrollt werden können, weil die genaue Erforschung noch fehlt. Möge die letztere durch unsere Organisationen an Ort und Stelle und eifrige Mitglieder unseres Verbandes nachgeholt und uns mitgeteilt werden! Dem Krebskegel der Heimarbeit müssen wir zeitig entgegenzutreten. Wenn es sich noch ausgedehnter und tiefer auch in die chemische Industrie mit ihren ohnedies so trübseligen Arbeitsverhältnissen einfrisst, dann wird uns der Kampf um ein besseres Dasein um das Hundertfache erschwert. Also auf der Hut und auf dem Posten, Kollegen!

Für unsere Berufsstände!

Angeregt bei Besprechung unserer Agitationschrift das Frankfurter Arbeiterblatt „Vollstimme“ noch folgende Wünsche: „Ein Wunsch endlich konnte auch in dieser Schrift noch nicht erfüllt werden: über die Zahl der Opfer, die nicht von den Unfallversicherungsanstalten registriert werden, fehlt jede Angabe. Wie viel wichtiger und fürchtbarer wären die erhobenen Anklagen, wenn darüber eine Statistik angefertigt werden und in neuen Orten in Massen verteilt werden könnte, die die Hauptverletzungsgebiete für die chemische Industrie darstellen. In Höchst, Feschenheim, Griesheim usw., wie viele Arbeiter „verzwirbelt“ da jährlich, jährlich, nachdem sie ihren Körper verpflegt haben, ohne von der Unfallversicherung auch nur einen Pfennig Vergütung zu erhalten. Angeleitet von den „glänzenden“ Löhnen, die ihrer Ansicht nach in den Fabriken gezahlt werden, kommen sie nach der Stadt, sie überlegen sich nicht, daß da auch das Leben 4—5 mal so teuer ist, wie auf ihrem Laß und der „Glanz“ des „hohen Verdienstes“, in der Nähe betrachtet, sehr viel von seinem Schmelzerglänze verliert. Der Unternehmer stellt einen an irgend einen Heizer seines Betriebes, ohne ihn auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die ihn täglich und „unendlich unläuter“, aber ständig entwidelt. Reichlich, aber die Söhne des reichen Landes auch nicht mit in die Fabrik und erschließen dadurch noch die ständige Gefahr der langsamem Vergiftung ihres Körpers; auch die gefährliche Konstitution wird Schritt für Schritt untergraben und eines schönen Tages werden die Leute, nachdem sie erkrankt und von den Ärzten ausgeheuert sind, „wunderrund“ in ihre Heimatgemeinden zurückgeführt und fallen dort der öffentlichen Armenpflege zur Last. Wäre es dann nicht möglich, wenn die Arbeiter nur wollten, aber derartige Fälle, die sich besonders häufig in dem „Pajjat“ des Gundeidlers Hoffmann in Feschenheim ereignen, auch zu beheben? Eine einfache und einfache Sache dieser Opfer, die in wenigen Jahren auf dem Altar des Götter Rammon verbluten müssen, würde vielleicht bei allen, die noch „Sehnsucht“ nach den chemischen Fleischtöpfen haben, Wunder wirken.“

Selbst die besagten unsere Zahlstellenbestreuer diese Sinne, wenn ihre Erklärung auch nicht so leicht ist, als der Genosse glaubt, der die Anregung dazu gibt.

Die Fähigkeit einer chemischen „Wettstrema“.

Besonders „Entgegenkommen“ zeigte dieser Tage die Direktion der Chemischen Fabrik auf Aktien vormals G. Schering in Berlin. Als dort vor drei Wochen die Wähler wegen Wohnlage vorstellig wurden, ist ihnen mit Hängen und Würgen eine Zulage von vier Pfennig pro Stunde (5) bewilligt worden. Aber auch das ist der Direktion fast Leid geworden. Schon in der zweiten Woche nach erfolgter Lohnzahlung erhielten die Wähler in der Müllerstraße ihre Entlassung mit der Begründung, daß sie zu teuer seien. Der aber weiter arbeiten wolle für 52 Pf. (den alten Lohn), der könne bleiben. Dieses Ansuchen ist von den Arbeitern rundweg abgelehnt worden. Nun erklärte sich auch die Wähler der selben Firma, Abteilung Jungfernstube-Charlottenburg, solidatisch, die ebenso wie die Wähler aus der Straße Gnze die Arbeit sofort niederlegten. In Betracht kommen im ganzen 18 Mann. Der Bezug von Wählern ist von der Millionenfirma Schering streng fernzuhalten.

Deutsche Unternehmerorganisation.

Nach der Zeitschrift „Chemische Industrie“ sind aus der deutschen chemischen Unternehmerorganisation in den letzten Monaten ausgehoben die hannoversche Zündholzpompagne A. G., das Siemens-Schuckertwerk und die chemische Fabrik Langerwiede aus Gröden, die nicht angegeben werden. Sollten diese Firmen eine gewisse Schanzenscheit ihrer Organisation nicht mitmachen wollen, oder brauchen sie dieselbe gar nicht mehr, weil die chemischen Arbeiter selbst so geschäftig und tüchtig organisiert sind? Neu aufgenommen werden jedenfalls weit zahlreichere Unternehmer, als ausgehoben sind. Es traten nämlich der Unternehmerorganisation als neue Mitglieder bei: die Siedbühnen-Genossenschaft in Lubing bei

München, die chemische Fabrik Ebert in Niederhohndorf bei Zwickau i. S., die chemische Fabrik Florsheim a. M. und die hannoversche Zündholzpompagne, G. m. b. H. Man sieht, bei letzteren Unternehmen dreht es sich nur um eine Umgründung. Es ist mit der alten Firma ausgehoben und mit der neuen eingetreten. Würden jetzt auch nur die Hälfte aller Arbeiter dieser neuen Mitglieder der Unternehmerorganisation ebenso wie ihre Kapitalisten ihrem Berufsverbande, unserer Fabrikarbeiterorganisation beitreten, so müßten wir einen Zuwachs von vielen Hunderten aus jenen Orten auf einmal zu verzeichnen haben. So aber leben diese chemischen Proletarier käuflich weiter dahin und befördern so ihre eigenen schlechten Arbeitsverhältnisse.

Die Lage der chemischen Industrie.

Im Juni d. J. sind wieder nicht weniger als 10 neue Unternehmungen der deutschen chemischen Industrie als Gesellschaften mit beschränkter Haftung mit 1,3 Millionen Mark Kapital gegründet worden. Das neu angelegte Kapital ist allerdings geringer, als im Vormonat und im Vorjahre, wo es 3,7 bzw. 4,6 Millionen Mark betrug. Aber die chemische Industrie ist immer noch derjenige Gewerbebezirk, der mit die meisten Neugründungen aufweist. Zurückergegangene ist der Zustand der Dividendenwerte in der chemischen Industrie. Er sank von 297,57 im Vormonat auf 293,42, steht aber immer noch höher als im Vorjahr mit 291,97. Die Angst vor Ueberproduktion und wachsenden Gewinnen, welche die deutsche Unternehmerwelt seit einiger Zeit beherrscht, macht sich also auch hier geltend. Doch noch so schwach, daß es nicht der Mühe wert ist. Die chemische Industrie gilt für die Profitmacher einstweilen immer noch als Goldgrube.

Lohnkämpfe und Unternehmer in der Berliner chemischen Industrie.

Der Berliner Unternehmerverband für die chemische Industrie, in dessen Leitung die A. G. für Teer- und Erdölindustrie, ferner Kunheim u. Co., die chemische Fabrik Grünau, die A. G. für Anilin-fabrikation, Schering und Wank u. Spornagel sitzen, hielt im Frühjahr d. J. seine Hauptversammlung ab, wie die „Chem. Industrie“ berichtet. Danach hat man im Jahre 1907 unter einem „empfindlichen Arbeitermangel gelitten“, jedenfalls habe Ueberangebot von Kräften nirgends stattgefunden. Deshalb habe man auch von der Errichtung eines eigenen Arbeitsnachweises abgesehen. Man beschäftige ja doch im wesentlichen ungelernete Arbeiter. Daß trotz dieses Arbeitermangels die Lohnlöhnen der Herren die Lage verhältnismäßig heillos anzuwenden und ihnen durch Lohnkämpfe eine übermäßigen Kopfschmerzen machen, wurde in der Hauptversammlung beinahe schadenlos festgestellt. „Lohnkämpfe“ hätten von 1906 auf 1907 zwar „fast durchgehend“ (?) stattgefunden, eine Verärzterung der Arbeitszeit aber sei in keinem der angeschlossenen Betriebe durchgeführt worden. Welches graufame Krutzeugnis für unsere Kollegen! Von partiellen Streiks seien 4 Firmen betroffen worden, 3 davon seien nach Gewährung geringer Lohnkämpfe im übrigen zugunsten der Arbeitgeber beigelegt worden. Die Unterstärkung, welche sich die Unternehmer in solchen Fällen leisteten, bestehe im wesentlichen darin, daß sie gegenständig keine Streikenden einstellten, d. h. also, mit schwarzen Listen arbeiteten. Von der Majorität, die zur Zeit der Hauptversammlung erst vor der Türe stand, war man im voraus überzeugt, daß sie in den chemischen Fabriken „einen verhältnismäßig harmlosen Verlauf nehme“. Jeder Satz dieses Versammlungsberichtes der Berliner chemischen Kapitalisten läßt die Verachtung der Unternehmer darüber erkennen, daß sich ihre Arbeiter nicht mehr rühren, obgleich die Herren auf ein Mehr an Forderungen offenbar gefaßt gewesen waren und bei dem herrschenden Arbeitermangel wohl auch hätten bewilligen müssen. Soll dieses Verhältnis ewig so fortdauern, oder wollen es unsere Berliner Kollegen als Vorhut der deutschen chemischen Arbeiter nicht einmal mit besserer Organisation und nachher auch besseren Erfolgen versuchen?

Aus der Zement- und Ziegelindustrie.

Kennzeichnung einer deutschen Zementfabrik.

Vor der Internationalität deutscher Unternehmer, die sich vornehmlich darin bekunden, den deutschen Arbeitern mit Hilfe ausländischer Lohnbrüder die Lebenshaltung herabzudrücken, wird selbst das Ausland bange. Schon wiederholt haben ausländische Behörden die Arbeiter gewarnt, nicht den gewissenlosen Agenten deutscher Unternehmungen ins Garn zu gehen, die durch allerhand Versprechungen Arbeiter nach Deutschland locken, um sie dann hilf- und mittellos der Ausbeutungswut der Unternehmer zu überliefern.

Wie rücksichtslos mit den Streikbrechern, die meist ohne Kenntnis der Verhältnisse ihren Klassengenossen in den Rücken fallen, von den Unternehmern verfahren wird, welche Tücken und betrügerische Mittel angewendet werden, die zur Verachtung der gewissenlosen Unternehmer anreizen, zeigt ein Kurzschriftchen, das die niederösterreichische Statthalterei an alle Bezirkshauptmannschaften in Niederösterreich, an die Wiener Polizeidirektion, an den Wiener Magistrat und an die Stadträte in Wiener-Neustadt und Waiblingen a. d. Ybbs versendet hat. Es hat folgenden Wortlaut:

„Die Portland-Zementfabrik in Hemmoor an der Rite (Provinz Hannover) hat häufig in Oesterreich Arbeiter anwerben lassen, denen der Agent auch schriftlich Bedingungen zugesichert hat, welche die Fabrik nach Eintreffen der Arbeiter nicht erfüllen zu können erklärte. Die betreffenden Arbeiter, die mittellos in Hemmoor eingetroffen sind, auch vielfach der deutschen Sprache nicht mächtig waren, wurden dadurch gezwungen, die Bedingungen anzunehmen, die von der Portland-Zementfabrik gestellt wurden.“

So wurden auch im vergangenen Sommer 135 Arbeiter angeworben, welche Verträge mit den Werbegentenen abgeschlossen hatten, die von der Fabrik nicht anerkannt worden sind. Die Arbeiter verließen insgesamt die Fabrik und wendeten sich an das österreich-ungarische Generalkonsulat in Hamburg um Unterstützung, wodurch dem Oesterreich-ungarischen Hülfsverein, bis der Mehrzahl der 135 Arbeiter in Hamburg Arbeit verschafft werden konnte, namhafte Kosten erwandten sind, während der Rest der Arbeiter auf Staatskosten in die Heimat befördert werden mußte. Der theoretisch mögliche Kretsch am den Agenten war praktisch nicht durchführbar, da festgestellt wurde, daß dieser selbst mittellos ist und sein Aufenthalt zurzeit nicht ermittelt werden konnte. Vor kurzem wurden neuerdings einige sechzig Arbeiter angeworben, denen auch freie Wohnung vertragsmäßig zugesichert war. Diese Arbeiter wurden aber während der strengsten Winterkälte in einem einfachen Bodenraum untergebracht, so daß sie es nicht aushalten konnten und sich an das genannte Konsulat um Unterstützung, resp. Heimbeförderung wenden mußten. Da kein einziger dieser Arbeiter andere Sprachen verstand als Polnisch und Ruthenisch, konnte ihnen trotz vielfacher Bestrebungen keine anderweitige Arbeit in Hamburg verschafft werden, und sie mußten repatriert werden. Die hierbei aufgelaufenen Spesen betrugen etwa 1200 Kronen. Die Fabrik zum Ersatz heranzuziehen, erschien bei der Haltung der preußischen politischen Behörde von vornherein als aussichtslos. Von den Arbeitern, die oft auch bereingelt von der Fabrik weggingen, wurde auch gesagt, daß sie gezwungen waren, ihre Bedürfnisse an Lebensmitteln u. a. in den Kantinen der Fabrik zu decken, wodurch ihnen ein materieller Schaden erwachsen ist. Es ergeht daher die Aufforderung, auf das Treiben der Agenten der bezeichneten Fabrik das Augenmerk zu richten und die Anwerbung von Arbeitern durch entsprechende Auffklärung der in Betracht kommenden Bevölkerungskreise hintanzuhalten.“

Also selbst die bedürfnislose, Polen und Ruthenen werden gewarnt vor den deutschen Profitmüllern; wenn aber die deutschen Arbeiter sich zusammenschließen, um sich eine angemessene Vergütung zu erzwingen, so werden ihnen von den deutschen Behörden Antippen zwischen die Beine geworfen. Für die Jemensklaven aber wird es hohe Zeit, durch Eintritt in die Organisation für Besserung ihrer miserablen Arbeitsverhältnisse zu sorgen.

Der lippische Ziegler-Gewerkverein und Herr Dr. Fiebellorn.

Erdlich ist auch den Ziegeleibauern ein Netter in der Not zu finden in der Person eines Herrn Dr. Fiebellorn, seines Reichens Leiter einer kleinen Zeitschrift, die sich „Die Tonindustrie“ nennt und unter Aufsicht der Öffentlichkeit erscheint. Es ist ein Scharfmacher in Taschenformat, der sich redlich abmüht, vor einigen zusammengetrommelten Ziegeleibauern den roten Wapp zu schwenken, um ihnen das Gruseln vor der Begehrlichkeit der Ziegeleiarbeiter beizubringen. In neuerer Zeit steigt dieser wackere Kämpfe des lippischen die Arena, um sein Recht auf sich vor einem spärlichen Publikum zum besten zu geben. Besonders der lippische Ziegler-Gewerkverein, ein keines Verbändchen, das außer in Lippe sonst ziemlich unbekannt ist, hat es ihm angetan. Wo er das keine Kerlchen erspüren kann, sucht er es zu verprügeln. Vor allem sucht er die Gefährlichkeit und die Beschränktheit des lippischen Harnzuges. Das Publikum konnte sich aber bisher trotz aller Bereitwilligkeit nicht davon überzeugen, umso weniger, als der lippische mit weinerlicher Stimme seine Unschuld beteuerte und auch sonst einen harmlosen Eindruck machte.

Auf der Generalversammlung des Deutschen Vereins für Ton-, Zement- und Kalkindustrie am 19. Februar d. J. in Berlin hielt Herr Dr. Fiebellorn einen Vortrag, den er „Zeit- und Streiffragen auf dem Gebiete der Ziegeleindustrie“ betitelte und in welchem er die Ziegeleibauer gegen die Bestrebungen der Ziegeleiarbeiter, besonders aber gegen den lippischen Ziegler-Gewerkverein scharf zu machen suchte. Diese Augen behaupten nun, er verfolge damit nur den Zweck, dem von ihm geleiteten Blättchen vornehmten zu verschaffen. Möge dem sein wie ihm wolle, über besondere Kenntnisse in der Ziegeleiarbeiterbewegung scheint dieser gute Mann jedenfalls nicht zu verfügen, sonst würde er sich offenbar nicht den lippischen Gewerkschaften zum Präjudiz aussersehen haben, der doch an der ganzen Ziegeleiarbeiterbewegung so unschuldig ist wie ein neugeborenes Kind. So sagt er z. B. gleich zu Anfang seiner Rede: „Wer von Ihnen die Zeitschrift „Gut Brand“, das Hauptblatt der lippischen Ziegeleiarbeiter, regelmäßig liest, weiß, daß in ihm die Arbeiter und Meister fortwährend angezogen werden, höheren Lohn und kürzere Arbeitszeit zu verlangen.“ Hier versucht es Dr. Fiebellorn, dem Gewerkschaften Tendenzen zu unterwerfen, die dieser noch nie gehabt hat und die wohl auch mit Entrüstung von sich weist. Es ist dem Gewerkschaften noch nie eingefallen, die Arbeiter anzuziehen, höheren Lohn und kürzere Arbeitszeit zu verlangen, höchstens unterbreitet er den Unternehmern Wünsche und Bitten. Was das Hauptblatt „Gut Brand“ anbelangt, so ist das eine kleine wöchentliche Beilage der „Lippischen Landeszeitung“, in der ab und zu der Herr Pastor Zeiß, der Vorsitzende der Kommission für geistliche Ziegeleipflege (i. S. Ziegeleierdummung), ein „Ziegeleisonntagblatt“ sowie „Ziegeleilieder“ offeriert.

Weiter sagt Dr. Fiebellorn: „Jahrelang hat dieser Gewerkschaften nur wenig geleistet, und die Ziegeleibauer hatten von ihm nichts zu befürchten, da sein früherer Geschäftsführer nicht zu denjenigen Personen gehörte, die es verstehen, auf die Massen einzuwirken und sie mit sich fortzureißen. An seine Stelle ist vor kurzem ein neuer getreten, der mit aller Gewalt die Massen aufsteht.“ Den ersten Satz können auch wir bestätigen. Der zweite Satz aber, daß der neue Geschäftsführer die Massen mit Gewalt aufsteht, ist nach dem Standpunkt des Gewerkschaften logisch unmöglich. Die ganze Tendenz des Gewerkschaften basiert doch nur auf Harmonie und Gleichheit. Jeder „Geher“ fürchtet sie wie die Pest. Wie kann ein Geschäftsführer eines Vereins, in welchem Arbeiter, Meister und Unternehmer vereinigt sind, den einen Teil gegen den anderen hetzen, wo er doch aus gemeinsamen Beiträgen bezahlt wird! Ferner festhalten dem Gewerkschaften, um auf die Massen einzuwirken zu können, aber auch die Ideale. Ohne Idealismus wird es niemals gelingen, die Massen zu begeistern und mit fortzureißen. Die Aufhebung der Massen durch den Gewerkschaften existiert also nur in der Phantasie des Dr. Fiebellorn.

Nachdem der Herr Doktor nach Scharfmacherart den Gewerkschaften noch eine Weile im glühendsten Rot zu schilfern bezugte, kam er auch auf den geistlichen Leiter des Gewerkschaften, den Pastor Zeiß von Schwalenberg, zu sprechen. Die angebliche agitatorische Tätigkeit des Pastors innerhalb des Gewerkschaften hatte den Herrn Doktor derart in Harnisch gebracht, daß er Beschwerde beim Konsistorium einreichte, die aber abgewiesen wurde. Bei einer weiteren Beschwerdeführung an das Ministerium widersprach ihm daselbe Mißgeschick, so daß es einigermaßen erklärlich erscheint, wenn nun der Gewerkschaften, wenn auch zu Unrecht, den Prügeln abgeben muß. Trotz aller Bereitwilligkeit wollte es dem kleinen Scharfmacher durchaus nicht gelingen, die Ziegeleibauer von der Gefährlichkeit des Gewerkschaften zu überzeugen, umso weniger, als sie die Geschichte des Gewerkschaften besser kennen als Dr. Fiebellorn. Die Entfaltung und Entwicklung desselben bürgt ihnen dafür, daß sie von dieser Seite nichts zu fürchten haben, besonders nicht, so lange ein Pastor an der Spitze steht. Der lippische Ziegler-Gewerkschaften wurde im Jahre 1895 gegründet, aber nicht etwa, um die Lage der Ziegeleiarbeiter zu bessern, o nein, sondern um, wie Pastor Zeiß selbst jagt, die Ziegeleiarbeiter den sozialdemokratischen Gewerkschaften fern zu halten. Das leibliche Wohl der Arbeiter ist der Gesellschaft äußerlich gleichgültig, ihre Aufgabe ist es, als Angehörigen der besitzenden Klasse die Arbeitererschaft in geistiger Knechtschaft zu erhalten, damit diese sich billiger und williger ausbeuten läßt. So können wir fast bei jedem Kampf, selbst wenn er der Arbeitererschaft aufgeworfen wird, beobachten, daß die Gesellschaft die Partei der besitzenden Klasse ergreift, und das ist auch ganz begründet, sind sie doch Fleisch von ihrem Fleische. So hat auch Pastor Zeiß, als er sich der lippischen Ziegeleiarbeiter annahm, nur die Interessen der Ziegeleibauer gewahrt. Er hat das auch selbst eingestanden, indem er schrieb: „Es ist ein Glück für die Ziegeleiarbeiter, daß nicht die sozialdemokratischen Verbände, sondern der Gewerkschaften in Lippe gesiegt hat.“ Ferner gibt er seiner Freude Ausdruck, daß die Ziegeleiarbeiter bei der letzten Reichstagswahl zum ersten Mal seit Bestehen des Gewerkschaften in ihrer Heimat wählen konnten, nur zu einem Behälter sozialdemokratisch wählen. Es sei das ein jüngerer Erfolg des Gewerkschaften.

Ungeachtet dieser Tätigkeit des Pastors Zeiß ist es auch ganz klar, daß die Beschwerden des Dr. Fiebellorn von beiden Seiten abgewiesen wurden. Es ist das also nicht als ein besonderer sozialpolitischer Zug der betreffenden Instanzen anzusehen, sondern eher das Gegenteil; diese Herren aus grünen Ähren wußten ganz genau, daß der Herr Pastor nur die Geschichte der besitzenden Gesellschaft besorgt. Pastor Zeiß hat sich ja auch beiläufig in einem Schreiben gegen die Vorwürfe des Dr. Fiebellorn ganz energisch zu verwahren. „Es könne doch nicht die Rede sein“, schreibt er, „daß der Gewerkschaften und sein Vorstand die Begehrlichkeit der Arbeiter reizt, wenn der Gewerkschaften in seinem 12jährigen Bestehen zweimal mit Forderungen an die Ziegeleibauer wegen Verkürzung der Arbeitszeit herantrete. 1896 sei die Arbeitszeit von 16 auf 14 Stunden und 1906 von 14 auf 12 Stunden herabgesetzt worden. Ueber 200 Ziegeleibauer hätten ihrem Gesuch auch sofort zugestimmt. Würden sie diese Verbesserungen nicht angestrebt haben, dann hätten sie ja keinen Augenblick den Kampf gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaften gesehen können.“

Das ist ein sehr wertvolles Geständnis, das wir für alle Zeit festhalten wollen. Nicht die unentgeltliche Ausbeutung, welcher die Ziegeleiarbeiter unterworfen sind, war für ihre Forderungen bestimmend, sondern die Furcht vor den freien Gewerkschaften war die treibende Kraft. Vor dem Jahre 1895, bevor die freien Gewerkschaften

in Lippe den Versuch machten, die Zieglern zu organisieren, da war auch dem Pastor Zeiß das Geschick der Zieglern vollständig gleichgültig. Erst mit dem Eingreifen der freien Gewerkschaften entdeckte er sein warmes Herz und grübelte den Gewerkschaften. Wenn nun der Gewerkschaften trotz seines zwölfjährigen Bestehens noch keinen nennenswerten Erfolg zu verzeichnen hat, so beweist das die Unmöglichkeit der Harmoniepolitik. Die Arbeitszeitverkürzung, mit welcher der Gewerkschaften prahlt, ist nicht etwa als Verdienst des Gewerkschaften anzusehen, denn mit seinen paar Mitgliedern ist es vollständig ausgeschlossen, auch nur den geringsten Druck auf die Unternehmer auszuüben, jeder Erfolg hängt vollständig von dem Wohlwollen der Ziegeleibauer ab. Wenn die 200 Ziegeleibauer freiwillig der Arbeitszeitverkürzung zustimmten, so war das nur ein Anglistprodukt vor der rabulalen Strömung der freien Gewerkschaften, die auch den Gewerkschaften immer mehr umfällt.

Was nun den Dr. Fiebellorn dazu bewogen hat, sich an einem solchen Schwächling zu vergreifen, ist eigentlich unverständlich. Dachte er mit dem Knips am leichtesten fertig zu werden, war es Mißgunst gegen den Nebenbuhler, oder war es gar nur bestellte Spiegelschere, um den Gewerkschaften in empfindlicher Erinnerung zu bringen? Der letzte Gedanke drängt sich uns unwillkürlich auf, wenn wir die Begehrlichkeit betrachten, mit welcher die Rede des Dr. Fiebellorn, sowie das Rechtfertigungsschreiben des Pastors Zeiß in der Beilage der lippischen Landeszeitung „Gut Brand“ breit getreten wird. Der Gewerkschaften denkt wahrscheinlich damit zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen. Auf der einen Seite ist er bemüht, sich bei den Ziegeleibauern als Walfeninnabe aufzuspielen, auf der anderen Seite bemüht er sich mit seinen Erzeugnissen, die er sich im günstigsten Falle nach Schmarogerart erschnüffelt, aber nie errungen hat. Aber auch mit dieser Art des „Ertragens“ wird der Gewerkschaften bald zu Ende sein, denn die Grenze des freiwilligen Zurückweichens der Unternehmer ist bald erreicht, dann beginnt der Kampf, bei dem jeder Schwächling unterliegen muß. Dann ist die Zeit gekommen, wo der Gewerkschaften unserer Siegel entgegenreißt.

Aus dem Süden.

Wenn ich vor 6 Monaten an dieser Stelle schrieb, daß voraussichtlich das Jahr 1907 noch reicher an Arbeitskämpfen und Konflikten werden würde wie das Jahr 1906, so hat sich diese Vorhersage schon erfüllt, wenigstens soweit unser Bezirk in Betracht kommt. Durch den Ausfall der Reichstagswahlen ist dem Proletariat hier im Süden der Kampf geschwollen. Wenn es auch noch nicht soweit kam, daß durch Mithilfe der Unternehmer die „Gelbfucht“ unter die Arbeiter getragen wurde — wenigstens hat sich diese Krankheit noch nicht öffentlich gezeigt —, so macht man aber doch bei jeder, auch der kleinsten Verbesserung, die die Arbeiter fordern, die Wahrnehmung, daß die arbeiterfreundlichen Kräfte, mit denen man die armen Proletarier während der Wahlkampagne seitens der liberalen Herren Arbeitgeber vollzupumpen versuchte, eitel Humbug waren. Wohin man auch schaut, nirgends eine Spur von Liberalismus bei den Leuten, die sich Jahr für Jahr die Taschen durch Ausbeutung der Arbeiter immer voller stopfen. In einer Zeit wie der gegenwärtigen, wo Tag für Tag die Lebenshaltung der Arbeiter verteuert wird, da sollten es die Unternehmer als selbstverständlich betrachten, daß eine Verbesserung der Löhne eintreten müsse, wenn der Arbeiter nicht an Geist und Körper zugrunde gehen soll. Weit gefehlt! Ueberall, wo noch geradezu erbärmliche Löhne bei unierem Klassenkampf angetroffen sind, es trifft dies besonders in Oberschwaben, im Schwarzwald, im Elsaß und in der „Schleifigen Erde“ in Baden zu, wird mit allen verfügbaren Mitteln gegen die Organisation der Arbeiter gewütet, damit ja nicht die traurigen Zustände gebessert werden. Wenn es trotzdem an einer Reihe von Orten gelang, eine Verbesserung der Löhne zu erzielen, so ist das nur der zähen Ausdauer der Kollegen zuzuschreiben.

Die Agitation wurde auch im letzten Halbjahr unter Anpassung an die örtlichen Verhältnisse betrieben. Dieselbe ist dadurch sehr erschwert, daß infolge der schlechten Löhne, die mit wenigen Ausnahmen im ganzen Bezirk angetroffen sind, in den meisten Orten nur an Sonnabenden und Sonntagen Versammlungen abgehalten werden können, und da es an agitatorischen Kräften unter unseren Kollegen sehr mangelt, konnte leider nicht überall dort eingegriffen werden, wo dies oft so notwendig wäre. Durch eine Reihe von Versammlungen gelang es, die Zahlstelle Rheinfelden wieder bedeutend in die Höhe zu bringen. Auch in der gemischten Fabrik Wyhlen konnten wir wieder Fuß fassen. Dort gelang es bereits vor vier Jahren, eine Zahlstelle zu errichten, durch Maßregelung des Vertrauensmannes wurde dieselbe damals nach kurzer Lebensdauer wieder abgemürt. Durch Zusammenfassen der drei Rheinfelden, Wyhlen und Grenzach in eine Zahlstelle ist diesem nun vorgebeugt worden. Viele Mühe wurde schon auf das „Wiejental“ verwendet. Auf diesem herrlichen Fleckchen Erde spüht eine Arbeitererschaft bei Löhnen, die miserabel sind. Jedem Fremden ist es ein Rätsel, wie die Arbeiter bei den dortigen teuren Nahrungsmitteln mit Löhnen auskommen können, die bei einem erwachsenen Arbeiter schwanken zwischen 1,90 Mk. und 2,70 Mk. pro Tag. In einzelnen Fällen, so in der Papierfabrik Mauburg, ist die Arbeitszeit noch ein 11stündige. Daß unter solchen Umständen unsere Ideen nur sehr langsam vorwärts dringen, wird jeder begreifen. Sobald sich die Arbeiter eines Betriebes dort zusammenfinden, um über ihre Lage zu reden, ist sofort der Bruder Denunziant dazwischen in Gestalt eines Bureauangestellten, eines Meisters oder Werkführers, leider oft auch Arbeiters, um sofort die betreffenden Sünder herauszuführen zu können. In der Schokoladenfabrik S u c h a r d in Brauch herrschen geradezu trostlose Lohn- und Arbeitsverhältnisse, 22, 23 und 24 Pf. Stundenlohn für Erwachsene ist dort an der Tagesordnung. Durch Einrichtungen aller Art sucht die Betriebsleitung die Arbeiter zu halten. So wird alle zwei Jahre ein Ausflug mit den Arbeitern und Arbeiterinnen gemacht; das letzte Mal nach Zürich. Nach 15jähriger Tätigkeit im Betriebe erhält der Arbeiter ein Sparbüchlein mit 1200 Mark Einlage. Wieviel solcher Prämien in den letzten Jahren ausbezahlt wurden, darüber schwiegen sich die Herren Aufsicht, Werkführer und Buchhalter in der letzten Betriebsversammlung aus. Daß in den 15 Jahren dem Arbeiter dieser Betrag vier bis fünfmal an seinem Lohn gekürzt wird, ist aus den oben angeführten Löhnen ersichtlich.

Um die Sittlichkeit zu heben, wird jede ledige Arbeiterin, bei welcher sich die ersten Anzeichen der Schwangerschaft bemerkbar machen, entlassen, sie mag noch so lange Jahre im Betriebe tätig sein. Daß sich die Firma hier um die event. Krankenunterstützung drücken will, wird wohl der Hauptgrund zu dieser Maßregel sein. Als eine weitere „Wohlthat“ ist die Einrichtung zu bezeichnen, daß die Arbeiter oder Arbeiterinnen, welche bei ihrer Ehevertrachtung fünf Jahre im Betriebe beschäftigt sind, 80 Mk. als Geschenk erhalten, jedoch mit der Einschränkung, daß das erste Kind nicht früher als neun Monate nach der Verheiratung kommen darf. (Diese Bestimmung ist wirklich einzig!) Da selbst es bis jetzt noch, daß der Fabrikbesitzer das Recht der ersten Nacht für sich in Anspruch nimmt.) Die Lohnzahlung ist monatlich; es kann allerdings im „Bedarfsfalle“ alle 14 Tage ein Vorzahlung erhoben werden. Alle „Wohlthaten“ aufzuführen, die in diesen Fabriksbetrieben vorhanden sind, dazu mangelt der Raum; bemerken wollen wir nur noch, daß jedenfall infolge dieser Wohlthateneinrichtungen die Zahl der Kranken im Betriebe immer mehr zunimmt. Mehrliche Vorkräftigkeiten sind in der „Schleifigen Erde“ in Baden noch massenhaft anzutreffen. Viele Mühe wird es hier noch kosten, um die Arbeitererschaft über das Wesen des modernen Kapitalismus aufzuklären. Auch in der Gegend um und in Straßburg sind die Verhältnisse unserer Klassenossen um kein Haar besser. Tausende von Fabrikarbeitern sind hier in Betrieben aller Art beschäftigt, aber erst bei einer verhältnismäßig geringen Anzahl ist es gelungen, Aufklärung zu schaffen. Selten wird man eine bedürfnislosere Arbeitererschaft antreffen, wie gerade im Elsaß. Wenn nur noch zu einem „Seidel“ reicht, dann sind sie zufrieden, und brauchen eine Organisation nicht. Unter den Zieglern und Papierfabrikarbeitern geht die Organisation nur sehr langsam vorwärts. Es ist eben immer das alte Lied, je schlechter die Lohnverhältnisse, desto schwieriger ist es auch, mit einer Organisation bei den Unternehmern Fuß zu fassen. Wie miserabel die Löhne bei den Zieglern im

Bezirk noch sind, dafür nur zwei Beispiele: In Pfullendorf wird bei einer 11stündigen Arbeitszeit (auch Sonnabends wird bis 7 Uhr abends gearbeitet) ein Lohn von 2,30 Mk. verdient; in Alpirsbach hat die Löhne von 22 bis 27 Pf. die Stunde bei allen einheimischen Arbeitern üblich, die fremden bekommen etwas mehr. Ueberstunden bis 12 Uhr nachts ausgeführt, sind keine Seltenheit, ein Zuschlag hierfür wird nicht gewährt. Um unsere Verammlungen illusorisch zu machen, gehen in diesem Orte, besonders in Pfullendorf, die Unternehmer hin und tragen die Plakate, die zur Verammlung einladen, mit dem Messer weg, falls es nicht gelingt, sie abzuhängen. In der Verammlung selbst sitzen diese Herren da wie die Delphinen und wissen nichts zu dem vorgebrachten zu sagen. Im allgemeinen ist zu beobachten, wie sich doch so nach und nach unter dieser Arbeiterkategorie ein Groll ansammelt infolge der Verschlechterung ihrer Lage durch die zunehmende Teuerung, und wird die Zeit nicht mehr fern sein, wo eben doch die Organisation als Mittel ergriffen wird, um die Zustände zu bessern.

Die Zahl der Lohnbewegungen war in diesem Halbjahr schon größer als in den letzten zwei Jahren zusammen. In einer Anzahl von Betrieben in Heilbronn konnten erneut Verbesserungen erreicht werden, so in der Gemischen Fabrik, bei der Firma Schilling in der Seifenfabrik bei Stammer. Auch in der Zementfabrik in Lauffen a. Neckar wurde durch Eingreifen der Organisation wieder eine Verbesserung der Löhne erreicht. Es ist jedoch hier zu bemerken gewesen, daß es in diesem Jahre in allen Fällen viel schwieriger war, von den Unternehmern etwas herauszuschlagen, wie im vorigen. In Straßburg konnte eine bedeutende Verbesserung der Lohnverhältnisse der Arbeiter der Gasfabrik erzielt werden durch Abschluß eines Tarifvertrags auf zwei Jahre. Im Bezirk der Zahlstelle Stuttgart sind bis jetzt 9 Lohnbewegungen zu verzeichnen, es kam in zwei Fällen zum Abschluß eines Vertrags: für unsere Kollegen Weinbühlhöhe von 35 und 38 Pf. erreicht wurden. In den anderen Betrieben wurde eine Verbesserung der Stundenlöhne von 2—4 Pf. durchgesetzt. In zwei Fällen kam es zum Streik. Davon dauerte einer 3—4 Tage, einer mußte nach zwei Wochen aufgegeben werden (Zerfabrik Holz und Meißner), weil ein Teil der Arbeiter überhaupt nicht mehr in solchen Betrieben arbeiten wollte, einige ältere Arbeiter aber die Arbeit ohne Zustimmung der Leitung der Zahlstelle zu den alten Bedingungen wieder aufnahmen. Eine kleine Verbesserung der Löhne ist aber auch in diesem Falle nachher erfolgt, so daß der Streik nicht unfruchtbar war. In einer Wismutsteinfabrik in Vietri g e i m ist ohne Streik eine Aufbesserung der Löhne um 3 Pf. die Stunde nebst Einführung der wöchentlichen Lohnzahlung und Einsetzung eines Arbeiterausschusses durchgesetzt worden. In Heiden h e i m wurden bei der Firma Pluquet Forderungen eingeleitet. Die Direktion lehnte eine Unterhandlung mit dem Gewerkschaften ab, und die Arbeiter wurden bereit bei den Verhandlungen eingeschüchtert, daß sie mit einer Aufbesserung von 1 Pf. die Stunde zufrieden waren. Die von dem Vorsitzenden der dortigen Zahlstelle beantragte Einigungsverhandlung vor dem Gewerbegericht lehnte der Direktor des Betriebes ab. Die Arbeiterinnen haben eine Aufbesserung nicht erhalten, obwohl deren Löhne sehr niedrig sind. Einmal rief die Arbeiterinnen dort merken: Wenn sie meinen, daß sich ihre Lage ohne Organisation bessern wird, so sind sie auf dem Holzwege. — In M a g a u drohte infolge Kündigung des Tarifs in der dortigen Zellulosefabrik eine Ausbreitung, durch Unterhandlungen des Vorstandes und des Gewerbeinspektors wurde der Tarif mit einigen Verbesserungen erneuert und so der Konflikt beseitigt. — In M a u l b u r g (Papierfabrik) und in W y l e n (Gemische) waren indirekte Verbesserungen zu verzeichnen. Im ersteren Orte wurden die familiären Löhne, nachdem in einer Verammlung eine vernünftige Kritik an denselben geübt wurde, um 1 Pf. die Stunde aufgebessert, im letzteren Orte genigte das Verteilen von Einladungen zu einer Verammlung, um eine sofortige Aufbesserung der Löhne um 1 und 2 Pf. die Stunde eintreten zu lassen. Dies war angeblich schon lange vorher geplant; es ist aber doch eigentümlich, daß die geplante Besserung immer erst erfolgt, wenn wir auf irgend eine Art eingreifen. Auch in der Papierfabrik in Zell a. H. wurde durch eine Forderung Aufbesserung der Löhne erzielt. Wenn in einzelnen Fällen nicht das erreicht wurde, was wir forderten, so liegt es eben daran, daß in diesen Betrieben, wo sich die Arbeiter noch nicht zum nötigen Widerstande gerüstet haben, die Löhne noch grundtadelhaft sind und auf diese steht sich der Unternehmer. Dort, wo der Unternehmer sieht, daß seine Arbeiter nur zum Teil oder auch erst seit kurzer Zeit organisiert sind, kann nur sehr schwer etwas geholt werden. Mehr als bisher wurde auch die Wahrnehmung gemacht, daß die Unternehmer alles aufbieten, die Arbeitererschaft durch Wohlthaten zu verwirren und den Betrieb zu festeln. Sehr angebracht wäre es, wenn im Gesamtverband einmal eine Zusammenstellung aller dieser „Ketten“, die den Arbeiter zum modernen Sklaven herabwürdigend, gemacht würde, um nach der Richtung hin mehr auffällend werden zu können. — Auf eines sei aber bei dieser Gelegenheit noch hingewiesen: Ueberall macht man die Beobachtung, daß die gesamte Arbeit, die an den einzelnen Orten zu leisten ist, von wenigen Kollegen gemacht wird. Dies muß unbedingt anders werden. Jedes Mitglied hat die Verpflichtung, an der Ausbreitung des Verbandes mitzuwirken. Das sollte endlich einmal begriffen werden. Wieviel kann da an Kleinarbeit geleistet werden! Viel mehr als in Verammlungen! Täglich kommen die Kollegen mit Unorganisierten zusammen, anstatt daß aber bei der jeweiligen Unterhaltung die Frage der Organisation berührt wird, werden andere Dinge verhandelt. Das ist ein großer Fehler! Wer die Verbandszeitung selbst gelesen hat, muß sie in der Regel einem Unorganisierten geben. Durch Spaziergänge in benachbarte Orte und Verbreitung von Agitationsmaterial dabeilist mit einer eventuell anschließenden Hausagitation könnte manches erzielt werden. Wenn es so wie früher vorwärts gehen soll, muß alles zusammen kommen. Mögen uns die Unternehmer durch Mabelstücke aller Art in unserem Vordringen zu hindern versuchen, wenn wir allein und mit etwas mehr Mut an die Wirkungsarbeit herangehen, werden wir allen Gegnern zum Trotz unsern Ziele Schritt für Schritt näher kommen.

Die Arbeit des Gewerkschaftes gestaltete sich folgendermaßen: Wesentliche Versammlungen wurden von Februar bis 1. Juli 31 abgehalten, Betriebsversammlungen 77, in Mitgliedsversammlungen und Sitzungen der Zahlstellen war der Gewerkschaft 21 mal anwesend. Vorträge wurden außerdem in den Zahlstellen 10 gehalten, Revisionen wurden 4 vorgenommen. In zwei Fällen mußten Streitigkeiten unter den Mitgliedern selbst geschlichtet werden. Die Kritik sollte für die Zukunft nicht mehr geführt werden dürfen. Wir haben mit unserm Ausbeutern um genug zu kämpfen, haben also gar keine Ursache, uns gegenseitig in die Haare zu geraten. Dann ist es doch auch schade um Zeit und Geld, in solchen Fällen, die sich unbedingt vermeiden lassen. Dies für die die es angeht! In fünf Sitzungen des Gewerkschaftes wurden die Arbeiter durchbesprochen. Fingiert fand eine Konferenz der Bevollmächtigten der Zahlstellen statt, welche nun alljährlich abgehalten wird. In 16 Fällen unterhandelte der Gewerkschaft mit den Unternehmern die Lohnbewegungen, Maßregelungen u. Zur Agitation wurden 22 000 Einladungen durch Vertriebsleitung mit der Schreibmaschine hergestellt, desgleichen 3000 Schriftstücke als Zirkulare an die Bevollmächtigten und Mitglieder. Postkasten sind mehr wie 900 in den sechs Monaten verhandelt worden, eingegangen sind 820.

Schon des öfteren wurde an dieser Stelle geschrieben, daß bei uns im Süden durch die Kleinbäuerlichen Verhältnisse nur ein ganz langsameres Vorwärtsschreiten möglich ist. Das Gros der Fabrikarbeiter rekrutiert sich aus diesen Kreisen, wo noch so viel Unkenntnis vorhanden ist. Dem aber alles zusammenhilft, Mitglieder zu werben im Auge haben, werden wir die Hindernisse, die sich uns in den Weg stellen, überwinden.

L. B. Ö r n e r

Streiks und Lohnbewegungen.

— **Bergedorf.** Die Arbeiter der Stuhlrohfabrik von G. B. K a m e r beantragten beim Arbeitgeber die Einführung der 9 1/2stündigen Arbeitszeit und entsprechende Lohn- und Abordnungsbedingungen. Nach längeren Verhandlungen wurde eine geringe Erhöhung der Lohn- und Abordnungsbedingungen zugestanden. Dem Antrage auf Einführung der 9 1/2stündigen Arbeitszeit gegenüber vertritt sich der Unter-

Rechner ablehnend, obgleich in der Stuhlrohfabrik von Münster jetzt wöchentlich 55 1/2 Stunden gearbeitet wird, während bei Sieberts die Arbeitszeit nur 55 1/2 Stunden beträgt. Auch hatten die Arbeiter dem Unternehmer die Bewilligung dieses Punktes sehr leicht gemacht, weil sie alsdann auf die jetzt bestehende viertelstündige Vesperpause verzichten wollten, der Arbeitgeber also noch dadurch in Vorteil gekommen wäre, daß die Betriebsmaschine nachmittags nicht auszufahren brauchte. Die geforderte Arbeitszeit war früher im Betriebe bereits üblich. Trotz alledem konnte Herr Münster der Arbeitsüberbürdung um eine Viertelstunde täglich nicht zustimmen. Die Arbeiter erklärten sich in einer Betriebsversammlung mit dem gemachten Angebot vorläufig einverstanden.

Die Hilfsarbeiter auf den Schiffswerken erreichten durch Verhandlungen eine Erhöhung des Anfangslohnes von 38 auf 40 Pf. pro Stunde. Nach zweimonatlicher Beschäftigungsdauer erfuhr der Stundenlohn eine Steigerung von 40 auf 43 Pf.

Gumburg. Die Arbeiter der Kunstleder- und Pappfabrik von Koch u. Co., Wandshel, reichten am 12. April durch die Organisation eine Lohnforderung ein. Im Betrieb sind zirka 30 männliche und 50 weibliche Arbeiter beschäftigt. Der Anfangslohn betrug bis zum Jahre 1905 15 Mk. pro Woche für männliche Arbeiter. Die Arbeiterinnen arbeiten im Allford, deren Lohn schwankt zwischen 12 bis 18 Mk. pro Woche. Gefordert wurden ein einheitlicher Minimallohn für jugendliche und erwachsene Arbeiter mit entsprechender Steigerung nach der Dauer der Beschäftigung, so daß die jugendlichen Arbeiter (unter 18 Jahren) nach einer Beschäftigungsdauer von 1/4 Jahren 18 Mk. erhalten, die erwachsenen Arbeiter nach einem Jahre 25 Mk. Durch Verhandlungen, die der Vertreter der Organisation mit dem Inhaber des Geschäftes, Herrn Koch, gepflogen hat, wurde den Arbeitern im allgemeinen eine Lohnzulage von 4,50 Mk. pro Woche zugesagt, zahlbar in drei Raten, und zwar am 1. Juni 1907, am 1. Oktober 1907 und am 1. Februar 1908. Die erste Lohnzulage ist erfolgt, und wenn die zwei weiteren Raten bis zum Februar gefallen sein werden, so ist im großen und ganzen der geforderte Wochenlohn erreicht.

Die auf den Holzplätzen beschäftigten Arbeiter reichten im Mai a. J. in einer Reihe von Betrieben gemeinschaftlich eine Lohnforderung ein. Gefordert wurde eine Erhöhung des Stundenlohnes, welcher jetzt mit einigen Ausnahmen 45 Pf. pro Stunde beträgt, um 10 Pf. pro Stunde. Ferner wurde ein Zuschlag für Ueberstunden- und Sonntagarbeit von 10 bzw. 20 Pf. pro Stunde gefordert. Des weiteren wurde eine einheitliche Regelung der Arbeitszeit in den Wintermonaten, an den Sonnabenden und an den Vorabenden vor den drei Hauptfesten erbetet. In einer Antwort des Holzplätzervereins an den Obmann der Arbeiter wurde ab 1. Juli d. J. eine Lohnerhöhung um 5 Pf. pro Stunde zugesagt, des weiteren wurde eine einheitliche Regelung des Gehalts- und Wegegeldes zugestanden. Eine einheitliche Regelung der Arbeitszeit für die oben bezeichneten Monate und Tage wurde nicht zugestanden, dagegen ein Zuschlag für Ueberstundenarbeit von 15 Pf. pro Stunde. Ein Zuschlag für Ueberstunden wurde abgelehnt. Die bewilligten Stundenlöhne von 50 Pf. wollten die Arbeitgeber auf drei Jahre festgesetzt wissen. Nummehr wurde von den Arbeitern der Vorschlag gemacht, einen allgemeinen für alle Plätze gültigen Lohnvertrag abzuschließen, mit der Maßgabe, daß vom 1. April 1909 der Stundenlohn auf 55 Pf. festgesetzt wird. Es fanden hierauf Verhandlungen zwischen je einer Kommission der Arbeitgeber und Arbeitnehmer statt. Das Resultat dieser Verhandlungen war die Bewilligung eines Zuschlages für Ueberstunden von 5 Pf. pro Stunde. Der Abschluß eines einheitlichen Lohnvertrages wurde von den Arbeitgebern abgelehnt. Die zum größten Teil bei uns organisierten Arbeiter beschloßen in einer am 30. Juni stattgefundenen Versammlung, die Lohnbewegung als beendet zu betrachten. Es wird an der auf den Holzplätzen beschäftigten Arbeiterchaft liegen, das im friedlichen Kampf Erreichte festzuhalten. Wären die Arbeiter auf den Holzplätzen nicht so gut organisiert gewesen, so hätte in diesem Jahre an eine Lohnbewegung gar nicht gedacht werden können. Ebenfalls günstig ist eine Lohnbewegung der Arbeiter von J. Falisch, Edelstein, (Fabrik chemischer Produkte) verlaufen. Die dort beschäftigten, sämtlich unseren Verband angehörenden Arbeiter reichten am 28. Mai durch die Organisation eine Lohnforderung ein. Auch hier wurden die in der Forderung enthaltenen Forderungen zum größten Teile bewilligt. Der Lohn, welcher zwischen 37 bis 42 Pf. schwankte, wurde auf 40 bzw. 45 Pf. pro Stunde erhöht. Für Ueberstunden wird ein Zuschlag von 5 Pf. pro Stunde gewährt.

Ein Lohnvertrag zwischen der Firma G. U. Bartels, Dampfzucker- und Feinmehlfabrik, und unserer Organisation gelangte zum Abschluß. Der Tarif ist auf die Dauer eines Jahres abgeschlossen. (Vom 1. Juli 1907 bis 30. Juni 1908 mit gegenseitiger vierwöchentlicher Kündigung, somit weitere Gültigkeit auf ein Jahr.) Der Abschluß dieses Tarifes bedeutet für die dort beschäftigten zirka 80 Arbeiter eine Lohnerhöhung von 3 Mk. und darüber pro Mann und Woche. Jedenfalls ein erfreulicher Fortschritt, wenn man sich das Organisationsverhältnis dieses Betriebes noch von vor 3 Jahren vergegenwärtigt.

Rauheim. In der Samstagsfabrik, wo erst kürzlich ein Tarifvertrag zum Abschluß kam, der sowohl den Arbeitern wie auch den Arbeiterinnen günstige Lohnverhältnisse schuf, fielen am 1. Juli ohne Wissen und Willen der Organisationsleitung, sowie unter Nichtbeachtung der Kündigungsfrist die Arbeiter ein. Grund dazu war, daß am 29. Juni drei und am 1. Juli zwei Arbeiter des Betriebsverhältnisses gekündigt wurde. Wir begreifen wohl die Erbitterung, die bei den Kollegen durch die Kündigungen hervorgerufen wurde, zumal die Kündigung der beiden Kollegen am 1. Juli bis 6. Juli angesetzt, der Veranlassung der Arbeitsordnung erfolgt war. Es lag aber demnach keine Veranlassung vor, die Arbeit widerrechtlich niederzuliegen. Der Geschäftsführer Kollege Herrhäuser hatte bereits eine Versammlung anberaumt und den Kollegen versichert, daß wegen der Kündigungen Unterhandlungen angebahnt würden. Hindurch war den Kollegen die Gewißheit gekommen, daß die Differenzen auf friedlichem Wege behoben würden. Die Organisationsleitung ist deshalb gewarnt, zu erklären, daß das Vorgehen der Kollegen auf das allerhöchste zu verurteilen ist, und zwar durch folgende Gründe: Seit dem 16. Mai ist es die dritte Arbeitseinstellung, die den Kollegen in drei Betrieben eigenmächtig herbeigeführt wurde. Bei solchen Arbeitsunterbrechungen gelangt es selten, die Unterhandlungen zu Unterhandlungen zu bewegen, und die Kollegen laufen Gefahr, daß sie unter schlechten Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Betrieb zurückkehren müssen. Durch solche Arbeitsunterbrechungen wird nicht nur die lokale Organisation, sondern das Ansehen unserer ganzen Verbände auf das schwerste geschädigt. Es bringt sich die Kollegen in den Verdacht, mit dem Arbeitgeber und dem Arbeitgeber unter Organisationsmacht vertraut zu sein. Und zum Schluß werden die Kollegen an anderer Stelle ein solches Nachsehen erlangen, indem der Gewerkschaft und die mit Recht die dortige Arbeit in solchen Fällen verweigern. Was vorstehendes hier bezeugt, daß die Kollegen in Zukunft Vorkehrungen treffen, die Organisationsleitung wird jederzeit schriftlich berichtet sein, in allen Fällen die Interessen der Kollegen ernstlich zu vertreten. Zur Sache führt es zu bemerken, daß von Seiten des Kollegen Herrhäuser keine Unterhandlungen angebahnt wurden, welche aber einwände von der Firma durch den Direktor Handter abgelehnt wurden. Nach einer Besprechung mit dem Sekretär des Arbeitgeberverbandes Herrn L. H. wurde als Termin der Unterhandlungen festgesetzt, d. J. Juli, festgesetzte Fristen waren die Organisationsleiter der Fabrik und dem Geschäftsführer, die Fabrik und der Leiter vom Arbeitgeberverband. Entgegen wurden unter Verletzung der Kündigungsfrist die Fälle einzeln behandelt. Bei 2 Kollegen lag eine Kündigung bei dem Arbeitgeber vor, jedoch fand die Kollegen beschuldigt zu werden, daß sie bei der Kündigung Kenntnis eines Lohnvertrages hatten. In diesem Fall wurde die Kündigung zum Rücktritt gezwungen. In dem anderen Fall war die Kündigung nicht abgelehnt, jedoch ohne Wissen und Willen der Fabrik. Bei zwei weiteren Kollegen gelang es nicht, die Kündigungen rückgängig zu machen. Ein Arbeiter aber der Kündigungsfrist, daß, wenn einem Arbeiter Gehalt nachzahlen wird, nicht von dem Arbeitgeber ausbezahlt, dem Arbeiter bei einer Kündigung die Kündigung zu übermitteln, so kann die Kündigung rückgängig gemacht werden, die Kündigung ist dann die Kündigung rückgängig gemacht, daß die Firma in Unterhandlungen übergeben. Eine solche Kündigung rückgängig gemacht wurde das Resultat der Unterhandlungen rückgängig und den Kollegen

die Aufnahme der Arbeit empfohlen, welchem Anfinnen die Kollegen Folge leisteten. Maßregelungen und Kündigungen finden nach der Zustimmung der Direktion keine statt. Fest steht, daß der Direktion der Vorschlag nicht zu ersparen ist, daß ihr ein großer Teil der Schuld an der Arbeitseinstellung beizumessen ist. — Die Lohnbewegung bei der Knieblechrohfabrik Burdau u. Komp. ist mit Erfolg für unsere Kollegen beendet. Der Mindestlohn betrug früher 3,50 Mk., der Höchstlohn betrug 4,30 Mk. Durch die Organisationsleistung wurde erzielt ein Mindestlohn von 4,00 Mk., der Höchstlohn beträgt nun 4,70 Mk. Mitin hat unsere Organisation einen schönen Erfolg zu verzeichnen.

Korrespondenzen.

* **Singen a. S.** Wohl wenigen wird bekannt sein, daß die Weltfirma „Maggi“ (Lebensmittel-Fabrik), bekannt durch die Anpreisungen ihrer so schmackhaften Suppenwürze usw., in Singen eine große Fabrik unterhält. Von der bürgerlichen Presse am Orte wird dieses Unternehmen als ein Musterbetrieb erster Güte verherrlicht. Eine am 23. Juni im „Badischen Hof“ abgehaltene öffentliche Versammlung befahte sich eingehend mit den Mißständen dieses Betriebes. Kollege Wörner aus Cannstatt unterzog die Lohn- und Arbeitsverhältnisse an der Hand gesammelten Materials einer scharfen Kritik. Es wurde nachgewiesen, daß Vollarbeiterinnen einen Stundenlohn von 16—18 Pf. verdienen, nur einzelne erhalten etwas mehr. Die Arbeitsordnung zeigt Satz für Satz die Unternehmervöllerei im krafftesten Lichte. Das Krankenlastergesetz hat für die Aktionäre der „Maggi“, wie es scheint, keine Gültigkeit, da jeder Eintretende in die Betriebskassenkasse ein Eintrittsgeld von 1 Mark zu bezahlen hat. Wer hat denn dieses Krankenlastergesetz genehmigt? An der Diskussion beteiligten sich zwei Vertreter der Firma, die Arbeiter Eßling und Albert, besonders ersterer entpuppte sich als getreuer Soldat des Kapitals, seine widersprechenden Aussagen wurden von dem Kollegen Wörner treffend widerlegt. Ein anwesender christlich organisierter Arbeiter sowie mehrere Versammlungsteilnehmer ergänzten die Ausführungen des Referenten. Leider haben gerade die geladenen Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma „Maggi“ es nicht der Mühe wert gefunden, in der Versammlung zu erscheinen, was hauptsächlich darauf zurückzuführen ist, daß das Demagogentum eine erhebliche Höhe erreicht hat. Das eine jedoch wurde erreicht, daß andern Tags die Kritik im Betriebe fortgesetzt wurde und allgemein zu unseren Gunsten ausfiel. Mögen nun die zahlreichen ausgebeuteten Lohnsklaven sich endlich einmal aufraffen, damit das boshafte Geschleichen in Bezug auf Lohn und Arbeitsverhältnisse anderen Industriezentren gleichzusetzen kommt. Singen ist für Arbeiter eine teure Stadt, belaufen sich doch die Wohnungsmieten allein schon pro Monat auf zwei bis vierhundert Mark, und das in einer kleinen Stadt. In nächster Zeit werden wir auch in diesen Betrieben Freirüge legen. Die Arbeiter des Betriebes aber mögen sich durch Demagogationen in der Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte nicht einschüchtern lassen; sollte die Firma versuchen, ihnen das Koalitionsrecht zu rauben, werden die deutschen Arbeiter als Konsumenten der Fabrik sich das nicht bieten lassen.

Rundschau.

— Die Steigerung der Lebensmittelpreise und ihre Wirkung im Arbeiterhaushalt. In den „Mitteilungen des Statistischen Amtes der Stadt Dresden“ (Heft 16) werden die Resultate einer Untersuchung veröffentlicht, die sich auf die Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittelpreise in den Jahren 1903 bis 1906 und deren Einfluß auf den Haushalt der Arbeiterfamilien erstreckt. Danach gestalteten sich die mittleren Kleinverkaufspreise im Jahresdurchschnitt wie folgt:

	1903	1906	+ oder -
Mindestlohn	123	140	+ 14
Kalbsfleisch	134	179	+ 46
Schweinefleisch	135	161	+ 26
Hammelfleisch	146	169	+ 23
Flusswurst	158	175	+ 17
Leberwurst	177	192	+ 15
Geräucherter Speck	179	199	+ 20
Schweinefleisch	183	198	+ 15
Butter	202	273	+ 71
Margarine	155	182	+ 27
Milch	17	19	+ 2
Eier	79	94	+ 15
Hehl	37	41	+ 4
Brot	24	27	+ 3
Gerstendelf	112	114	+ 2
Bohnen	35	41	+ 6
Erbsen	40	42	+ 2
Linsen	51	72	+ 21
Kartoffeln	299	291	- 8
Weis	56	57	+ 1
Zucker	60	45	- 15
Kaffee	203	225	+ 22

Der amtliche Bearbeiter bemerkt dazu: „Die Uebersicht bestätigt für Dresden im einzelnen, was ohnehin bekannt genug ist, daß fast die sämtlichen wichtigsten wichtigeren Lebensmittelpreise in den letzten Jahren eine zum Teil erhebliche Preissteigerung erfahren haben.“

Wie hat diese Preissteigerung nun auf das Ausgabenbudget der minderbemittelten Bevölkerungslagen gewirkt? Diese Frage beantwortet das Statistische Amt der Stadt Dresden an der Hand von 25 Ausgabenerzeugnissen dortiger Arbeiterfamilien, die unter dankenswerter Mithilfe des Dresdener Gewerkschaftsvereins angelegt und zu Ende geführt wurden. Diese 25 Arbeiterbudgets betreffen 12 Familien mit 4 Köpfen, 1 mit 5 Köpfen, 3 mit 6 Köpfen und 4 mit 7 Köpfen. Ueber das Durchschnittseinkommen der einzelnen Familiengruppen (a) und die durch die Preissteigerungen bewirkte Steigerung der Gesamtausgaben (b) gibt folgende Tabelle Auskunft:

Die vierköpfige Familie	a	b
1582 Mk.	46 Mk. = 2,9 Prozent	
1151	39 „ = 3,4 „	
1452	47 „ = 3,3 „	
1484	56 „ = 3,8 „	
1476	46 „ = 3,1 „	

Wie ein Blick auf die durchschnittliche Einkommenshöhe zeigt, handelt es sich bei den untersuchten Familien fast ausschließlich um „bessere“ Arbeiter mit Einkommen von über 1200 Mk. Nur 5 Familien haben eine geringere Jahreseinnahme. Die tiefste Proletariatsgröße ist also mit obigem Ergebnis nicht erreicht. Die Ausgabensteigerung beträgt im Durchschnitt dieser 25 Arbeiterfamilien 46 Mark, d. h. sie müßten im Jahre 1906 diese Summe mehr ausgeben, wenn sie Kaufsmittel in gleicher Menge und Qualität wie 1903 konsumieren wollten. Manne werden sich nicht wundern, daß diese mit einer noch bescheidenen Erhöhung befristet haben als vorher, um ihre Ausgaben mit den Erträgen im Einklang zu halten.

Eingegangene Schriften.

Ersuchen: „Die wird man abstinent?“ Eine kleine Schrift für den Arbeiter von Josef Kops-Kornasik. (L. bis 10. Laufend.) 24 Seiten 8. Preis 10 Pf. In Partien billiger. Verlag: Deutscher Arbeiter-Verein-Bund, Johannes Michaelis, Berlin S. 42, Reichstr. 55.

Von der Mitarbeiterin Hochachtung: „In freien Stunden“, die im Verlage der Buchhandlung Komaritz, Berlin, in nächster Zeit 10 Pf. — 12 Heller — 15 Centimes — erscheint, liegt nunmehr der 1. Band des Jahrgangs 1907 gebunden vor. Aus dem Inhalt erwähnen wir: „Rebellen“, Erzählung von E. Hoffmann, „Der Schner von Notte Dame“, lyrischer Roman von Victor Hugo, „St. Petrus Regenbogen“, Erzählung von S.

Mitsgath. Daneben bringt ein kleines Familienunterhaltendes und belehrendes Notizen mannigfacher Art. Geschmackvolle und künstlerische Illustrationen des Malers F. Damberger in München machen den vorliegenden Band, der in gebiegender, haltbarer Einband gebunden ist, zu einem Geschenk sehr geeignet. In Reinen gebunden kostet derselbe 3,50 Mk., in Halbfranz 4 Mk.

Wir empfehlen den Band jedem Liebhaber guter Unterhaltungsliteratur, sowie allen Bibliotheken angelegentlich zur Anschaffung. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, sowie Kolporteurs entgegen.

Verbandsnachrichten.

Vom 7. Juli ab gingen bei der Hauptkassette folgende Beträge ein:

- München 1600,—, Flensburg 1045,60,
- Wespenfeld 602,72, Mündenheim 446,80, Bernburg, 350,40,
- Wesel i. P. 521,90, Mündenheim 446,80, Bernburg, 350,40,
- Bramsche 288,66, Lützen 287,10, Erlangen 277,50, Räteburg 267,78, Wörlitz 266,10, Freimwalde 233,94, Mändrich 213,72,
- Eilenburg 157,35, Goslar 130,58, Rastenburg 100,—, Zörbig 57,92, Reichenitz 77,33, Müchtersleben 89,22, Mittweida 88,92,
- Bahnhufe 45,80, Rothbus 36,80, Warin i. M. 34,32, Leipzig 715,87, Rostau 603,45, Gaiberg 418,96, Lauenburg 373,60,
- Döbeln 349,40, Osterholz 329,08, Schweinfurt 305,07, Pforzheim 246,12, Straßla 201,28, Kaiserstücken 200,—, Lauenburg 196,08,
- Niederbobleben 186,17, Helmstedt 169,52, Gabelberg 152,92,
- Sommerfeld, Bez. Frankfurt a. O. 163,64, Wies 162,52, Wetzlar 150,—, Bornstedt 144,11,—, Soltau 132,48, Wittenberg 128,90,
- Biblis 128,14,—, Darmen 117,10, Müstau 66,72, Oltau 60,50,
- Schöningen 56,16, Kempten 30,—, Gaffelsfelde 26,08, Lachendorf 24,—, Langensfelde 22,50, Düren 24,16, Penlin 21,12, Veer 20,—, Eggeln 10,02, Oberusel 4,74, Stuttgart 800,—, Wörlitz 400,30,—, Driesen 202,70, Rheinfelden 200,—, Schwarzenberg 203,—, Gäß 178,86, Schandau 52,77, Kamenz 39,96, Mersdorf 34,56, Treptow 13,32, Ulm a. d. Donau 2,50, Magdeburg 838,48, Altona 1321,98, Halle 800,—, Speyer 701,60, Dessau 701,50, Mühlheim 590,80, Rast 423,75, Einbe 355,48, Sandhofen 344,63, Maudach 324,02, Neustettin 258,—, Eichen 224,60,
- Hofen 200,81, Westerland 180,76, Ermleben 175,60, Cattenfeld 163,76, Burg auf Fehmarn 132,64, Stolp 122,15, Malchow 118,16, Gesehöring 61,20, Neustadt i. S. 37,46, Ströhl i. M. 34,62, Bunslau —, 50, Stettin 800,—, Glauchau 497,68, Bunzfeld 384,07, Königstein 221,74, Schweigen 193,60, Hartha 189,45, Miesbach 175,70, Weißwasser 144,94, Köslin 118,60, Ansbach 95,36, Gesehöring 92,34, Ziegelhausen 91,69, Treptow 37,42, Sagan 18,15, Delmenhorst 2200,17, Halle 800,—, Parlsruhe 1061,—, Hoflohe 578,60, Benig 375,50, Schwaibach 326,24, Pöhlitz 262,85, Minden i. B. 247,28, Neu-Zinberg 212,94, Neustadt a. Harz 192,85, Schönberg i. M. 162,60, Ebersdorf 123,10, Weidingsfeld 87,94, Treuenbrietzen 52,36, Gräfinau —, 50, Barth 614,70, Godesheim 164,06, Wildensfelde 40,64, Altwasser 10,30, Schönebeck 1117,26, Zerbst 768,49, Halle 528,16, Neumünster 373,03, Uetzeren 221,22, Wolde 278,30, Bernigerode 128,89, Weicha 121,48, Detmold 218,16, Worms 191,36, Mofenburg 115,22, Oßsch 70,72, Erfurt 22,50, Norf 15,30, Gleiwitz 13,62, Schwan 629,28, Mügeln 221,96, Sonneberg i. Th. 207,84, Schifferstadt 155,66, Singen 131,30, Schopfheim 113,68, Jodgrün 57,14, Langitz 34,60, Klein-Steinheim 1,—, Nürnberg 1793,24, Mügeln 800,—, Köln 928,73, Plauenischer Grund 800,—, Heegermühle 377,42, Brunsbüttel 296,10, Wiersdorf 263,64, Himmoor 245,—, Eichenberg (S.-A.) 135,92, Hagen 24,82, Warby 24,12, Rendsburg 16,06, Hamburg 14101,67, Hocht 1865,28, Wietfeld 420,70, Wolfen 39,84, Maguhn 32,86, Elmshorn 1691,39, Pommernsdorf 1116,82, München 1034,61, Goswig i. Anhalt 869,68, Breslau 800,—, Gesehöring 687,—, Thale 600,—, Ogersheim 463,25, Wolgast 449,10, Hannover-Münden 438,72, Freiting 300,—, Greifenhagen 272,68, Friedrichsfeld 251,24, Mühlberg a. O. 230,—, Strieau 171,66, Erker 162,64, Königsberg 144,78, Renfeld 124,25, Bernau 76,60, Naumburg 70,28, Schönungen 55,20, Neulinden 48,56, Gohensfeld 39,68, Sersfeld a. F. 34,40, Arnstadt 21,34, Greifenberg i. P. 15,10.

Schluss: Montag, 15. Juli, mittags 12 Uhr. Fr. Druns, Kassierer.

Zur Beachtung!

Es ist vorgekommen, daß Hilfskassierer Beiträge entgegen genommen, und anstatt die Beitragsfelder mit Marken zu besetzen, die Felder abgestempelt haben. Eine solche Manipulation ist unzulässig, kein Mitglied sollte sie sich gefallen lassen, unter welcher Begründung sie auch versucht werden sollte. Beiträge sind nur gegen Marken zu leisten.

Die Zahlstelle Stade hat sich der Zahlstelle Harburg angeschlossen.

Zustimmung zur Erhebung von Extrabeiträgen:

Die Zustimmung zur Erhebung eines Extrabeitrages von 5 Pf. pro Mitglied und Woche hat die Zahlstelle Lauenburg erhalten. Die Zahlstellen Müstau und Neumünster haben die Zustimmung zur Erhebung eines Extrabeitrages von 10 Pf. pro Monat und Mitglied erlassen.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher.

Buch-Nr. 3 2 2 8 7, ausgestellt am 20. 5. 1907 in Brandenburg auf den Namen Wilhelm Morawski.

Buch-Nr. 1 8 8 3 4 7, ausgestellt am 10. 8. 1906 in Berlin auf den Namen Otto Gaale.

Das Buch Nr. 2 6 4 6 5 5, ausgestellt am 9. Juni 1907 in Schwaan auf den Namen Erik Leemann, ist dem Vorzeiger abzugeben und uns einzusenden.

Neue Adressen und Adressen-Änderungen:

- Mitteiningen. Philipp Wilhelm, Mitteingertal.
- Freitag. Jakob Härtel, Untere Hauptstraße 829.
- Sagen i. W. O. Greiner, Sunderlofstraße 33 part.
- Godenheim. Phil. Krines, Mittlere Mühlenstraße 16.
- Pyrmont. Aug. Klaffen, Oesdorf-Pyrmont, Georg-Viktoriastraße.
- Worms. Theob. Worms-Hochheim, Meienmühlstraße 21.

Inserate.

Zahlstelle Köln und Umgegend.

Sonntag, den 21. Juli d. J., nachm. 3 Uhr, im „Volkshaus“, Cövenstr. 199:

Versammlung,

1. Vortrag des Kollegen Hartholt: „Wie bauen wir am besten in der nächsten Zeit unsere Organisation aus?“
 2. Diskussion.
 3. Bericht der Zahlstellen Köln, Kall und Mülheim.
 4. Diskussion.
 5. Wahl der Ortsverwaltung der Zahlstelle Köln und Umgegend.
 6. Verbandsangelegenheiten.
- Das Erscheinen aller Funktionäre ist also unbedingt notwendig. Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Alfeld.

Sonabend, den 27. Juli, abends 8 Uhr, im Verkehrslokal: Mitglieder-Versammlung. Wichtige Tagesordnung. Jede ist sich ein jeder zur Pflicht, die Versammlung zu besuchen. Die Bevollmächtigten.